

ALKOHOL-VERBOT	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Alkohol ist für Jugendliche gefährlich, doch ein Verbot nicht das wirksamste Mittel; Werbung ist einzuschränken	Alkohol ist für Jugendliche ein groÙe Gefahr, die durch das Verbot des Verkaufs und der Werbung zumindest verringert werden kann	Alkoholverbot und Werbeverbot gehen an den Ursachen des Alkoholkonsums vorbei und nehmen denjenigen, die sinnvoll mit Alkohol umgehen, ihre Freiheit	übermäßiger Alkoholkonsum ist oft Folge einer gesellschaftlichen Krise und einer schlechten Jugendpolitik; dies ist durch Verbote nicht zu lösen	Alkohol ist für Jugendliche ein groÙe Gefahr, die durch das Verbot des Verkaufs und der Werbung zumindest verringert werden kann
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Familien sind verantwortlich für die Erziehung zum maÙvollen Umgang mit Alkohol; zu überlegen ist, welche MaÙnahmen die Einhaltung bestehender Gesetze besser sichern	Ein Alkoholverbot ist ein wichtiges Mittel zum Schutz, das auch für die Gesellschaft ein Zeichen setzt; weitere MaÙnahmen, die die Einhaltung bestehender Gesetze sichern, müssen dazu kommen	Verbote sind kein wirksames Mittel gegen Alkohol; Familien und Jugendliche müssen lernen, selbst Verantwortung zu übernehmen; zu überlegen ist, welche MaÙnahmen die Einhaltung bestehender Gesetze besser sichern	Ein Alkoholverbot ist kein wirksames Mittel gegen übermäßigen Alkoholkonsum; wir müssen den Jugendlichen bessere Lebensperspektiven bieten und eine gesellschaftliche Debatte führen	Ein Alkoholverbot kann schützen; hinzukommen müssen eine wirksamere Kontrolle und schärfere Sanktionen für bestehende Gesetze sowie eine öffentliche Diskussion
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	Ein Alkoholverbot schadet der Wirtschaft, ohne dass ein ausreichender Nutzen zu erwarten ist; Werbeverbot nur eingeschränkt, um der Werbewirtschaft nicht zu sehr zu schaden	Gesundheit hat Priorität vor Gewinnen von Alkohol- und Werbebranche, selbst wenn dadurch Steuerverluste entstehen	Alkoholverbot und Werbeverbot schaden der Werbewirtschaft; die bestehende freiwillige Selbstverpflichtung ist vorzuziehen; Nachteile für die Wirtschaft kosten Steuern und Arbeitsplätze	Die Gesundheit der Jugendlichen geht vor wirtschaftliche Interessen; ein Werbeverbot ist unbedingt sinnvoll	Die Gesundheit der Jugendlichen muss Priorität haben vor Fragen der wirtschaftlichen Gewinne; für ein Verbot von Alkohol und Alkoholwerbung
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	zwiespältig zum Werbeverbot; tendenziell für ein eingeschränktes Werbeverbot; für mehr Aufklärung	für ein Werbeverbot; für eine wirksamere Aufklärung	Werbung gibt Verbrauchern die Möglichkeit, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden; sinnvolle AufklärungsmaÙnahmen wären zu befürworten	Alkoholwerbung gehört verboten, weil sie Jugendliche nachweislich beeinflusst; Aufklärung und öffentliche Debatte sind nötig	Wir brauchen gute Aufklärung; Werbung ist das Gegenteil von Aufklärung und sollte verboten werden

DIREKTE DEMOKRATIE	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Die CVP steht direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene sehr kritisch gegenüber und könnte sich allenfalls Volksinitiativen vorstellen	Die APD hat den Entwurf eingebracht mit dem Ziel, Deutschland demokratischer zu machen.	Mehr Bürgerbeteiligung ist sinnvoll und mit Blick auf die Demokratie geboten.	Direktdemokratische Elemente dringend und unbedingt erforderlich.	Schon aus eigener basisdemokratischer Tradition sehr aufgeschlossen für direkte Demokratie
Innen-ausschuss	Die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie darf nicht gefährdet werden.	Direkte Demokratie kann das parlamentarische System sinnvoll ergänzen.	Sicherstellen, dass einerseits das Parlament im Regelfall Ort der Entscheidung bleibt, dass andererseits Bürger aber auch zu Sachfragen mitreden können.	Die bestehende Demokratie ist in der Krise und braucht mehr Bürgerbeteiligung.	Bürgerinnen und Bürger müssen sich in eigener Sache einbringen können, so wie auf Kommunal- und Landesebene und in Nachbarländern. Auch Volksentscheide initiiert durch den Bundestag!
Rechts-ausschuss	Sollte es zur Einführung neuer Elemente kommen, müssen sie über geeignete Quoren zu einem nur in seltenen Fällen greifenden Instrument werden.	Ausnahmebereiche für Volksabstimmungen: Haushalt und Finanzen Maßnahmen gegen populistischen Missbrauch	Fristen und Quoten gegen Missbrauch	Fristen, Quoren und andere Beschränkungen müssen so niedrig wie möglich sein, damit neue Instrumente auch nutzbar sind.	Quoren sinnvoll wie von der SPD vorgeschlagen; weder verschärfen noch aufweichen.

EINHEIT VOLLENDEN	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	bis 2019 gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herstellen; Steigerung der Wirtschaftskraft und Reduzierung der Arbeitslosigkeit sind dabei zentrale Aufgaben	das Zweiklasseniveau in Deutschland nicht festzschreiben; einen Rückgang der ostdeutschen Förderung vermeiden	gegen Gleichmachen von Ungleichem; für Unterschiede als Ausdruck von Freiheit und Motor der Entwicklung	Der Nachbau West im Osten ist gescheitert. Ostdeutschlands besondere Rolle als Motor deutscher gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen in den Blick nehmen	Nachbau West hat sich als ungeeignet für den Aufbau Ost erwiesen; stattdessen ökologische, soziale und wirtschaftliche Innovationen mit ostdeutschen Potenzialen
Ausschuss für Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung	Angleichung ab 2014 als Zeichen der öffentlichen Hand, dass mehr Gleichheit gewünscht	Angleichung ab 1.1.2012, als schnellstmögliches öffentliches Zeichen	Gegen Angleichung; doch Angleichung als Kompromiss OK, wenn dafür kein Eingriff in die Privatwirtschaft	Rückwirkende Angleichung ab 1.1.2010, als schnellstmögliches öffentliches Zeichen	Angleichung ab 1.1.2012, als schnellstmögliches öffentliches Zeichen
Arbeitsausschuss	gegen staatliche Eingriffe (wie Mindestlöhne) in die Privatwirtschaft; für Ausnahmen von steuerlichen und arbeitsrechtlichen Regeln; für Abbau bürokratischer Hürden	Vollendung der sozialen Einheit durch einheitlichen Mindestlohn; Einschränkungen der arbeitsrechtlichen Errungenschaften verhindern	Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung von Unternehmen mit Abbau steuerlicher, arbeitsrechtlicher und bürokratischer Hürden; gegen staatliche Eingriffe (wie Mindestlöhne) in die Privatwirtschaft	Vollendung der sozialen Einheit durch einheitlichen Mindestlohn; Einschränkungen der arbeitsrechtlichen Errungenschaften verhindern	Einschränkungen der arbeitsrechtlichen Regeln verhindern, da dies unsozial und dazu in der spezifischen ostdeutschen Wirtschaftsstruktur nicht wirksam ist; Abbau bürokratischer Hürden voranbringen
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	nach zwanzig Jahren Solidarität zwischen West und Ost muss eine gesamtdeutsche Solidarität zugunsten aller schwachen Regionen folgen	West und Ost nicht gegeneinander ausspielen; besondere teilungsbedingte Lasten weiter besonders fördern	individuelle Förderung der bedürftigen Regionen in ganz Deutschland	Öffentliche Daseinsvorsorge in zahlreichen ostdeutschen Regionen unvermeidlich; Entscheidungen vor Ort treffen, wo Bedürfnisse bekannt	Besondere teilungsbedingte Lasten im Osten weiter besonders fördern; dabei mehr Entscheidungen vor Ort; mehr Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

ZUKUNFT DER RENTE	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Das Umlagesystem ist bewährt und krisensicher, kann aber durch kapitalgedeckte Elemente ergänzt werden	Nicht von den Regierungsfraktionen mit in die Verantwortung für Rentenkürzungen nehmen lassen!	Weg zum Systemwechsel hin zur Kapitaldeckung offen halten.	Vorstellungen der Regierung sind Angriff auf den Sozialstaat.	Die Lösungen von CVP und LRP sind nicht nachhaltig, gebraucht wird eine Bürgerversicherung.
Ausschuss für Soziales	Regelaltersgrenze muss weiter erhöht werden, allerdings ohne konkrete Situation der Betroffenen aus den Augen zu verlieren.	Bereits beschlossene Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre sollte überdacht und keinesfalls ausgebaut werden.	Menschen müssen länger arbeiten dürfen, auch gleitender Übergang sollte möglich sein.	Erhöhungen der Regelaltersgrenze sind nichts als Rentensenkungen – und daher konsequent abzulehnen.	Erhöhung der Regelaltersgrenze ist nötig aber muss sinnvoll und vertretbar ausgestaltet werden. Gleitender Übergang sinnvoll.
Ausschuss für Familie und Senioren	Familien dürfen nicht überlastet werden; allerdings innerparteilicher Widerstand gegen mögliche Härten für Rentner.	„Junge“ und „Alte“ dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie CVP und LRP es versuchen.	Akuell Erwerbstätige müssen entlastet werden, alle müssen für das eigene Alter mehr Verantwortung übernehmen.	Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen und die Generationen gegeneinander ausspielen.	Der Staat muss sich zuallererst um die Bildung und um die Situation von Familien mit Kindern kümmern.
Haushaltsausschuss	Freiwillige Zusatzversicherung („Riester-Rente“) sinnvoll und auszubauen	Riester-Rente weiter ausbauen – wenn staatliche Förderung bei tatsächlich Bedürftigen ankommt.	Kapitalgedeckte Rente muss verpflichtend werden – damit im Gegenzug die umlagefinanzierte Rente zurückgeführt werden kann.	Kapitalgedeckte Altersversorgung bedeutet lediglich lukrative Geschäftsfelder zu für die Versicherungswirtschaft.	Kapitalanlagen sinnvoll, wenn investiert in die richtigen Projekte.